

Gastaufnahmebedingungen für Beherbergungsleistungen

(Empfehlungen des DTV)

§ 1

Abschluß des Gastaufnahmevertrages

1.

Der Gastaufnahmevertrag ist verbindlich abgeschlossen, wenn die Unterkunft bestellt und zugesagt oder kurzfristig bereitgestellt wird.

2.

Die Buchung kann mündlich, schriftlich, telefonisch, per Telefax oder E-Mail erfolgen. Im Interesse der Vertragsparteien sollte die Schriftform gewählt werden.

3.

Die Buchung erfolgt durch den buchenden Gast auch für alle in der Buchung mit aufgeführten Personen, für deren Vertragsverpflichtungen der buchende Gast wie für seine eigenen Verpflichtungen einsteht, sofern er eine entsprechende gesonderte Verpflichtung durch ausdrückliche und gesonderte Erklärung übernommen hat.

(Erfolgt die Buchung durch Vermittlung einer Tourismusstelle oder ein Informations-oder Reservierungssystem (IRS) empfiehlt sich folgende Klausel:

1.

Der Gast bietet dem Beherbergungsbetrieb, vertreten durch die Tourismusstelle/IRS als Vermittler, mündlich, schriftlich, telefonisch, per Telefax oder E-Mail den Abschluss eines Gastaufnahmevertrages an. Mit der Buchungsbestätigung der Tourismusstelle/IRS, die diese als Vertreter des Beherbergungsbetriebes abgibt, kommt der Gastaufnahmevertrag zustande.

2.

Im Interesse der Vertragsparteien sollte die Buchung schriftlich erfolgen.

3.

(Siehe oben 3.)

§ 2

Leistungen, Preise und Bezahlung

1.

Die vom Beherbergungsbetrieb geschuldeten Leistungen ergeben sich ausschließlich aus dem Buchungsangebot in Verbindung mit den Angaben im Katalog.

2.

Die im Katalog angegebenen Preise sind Endpreise und schließen alle Nebenkosten ein, soweit nichts anderes vereinbart ist.

3.

Zahlungsmodalitäten einfügen ("Der vereinbarte Preis, einschließlich aller Nebenkosten, ist am Tage der Abreise fällig, soweit nicht etwas anderes vertraglich vereinbart ist")

Haben die Parteien eine Anzahlung vereinbart, ist folgende Klausel zu empfehlen:

1.

Mit der verbindlichen Buchung ist eine Anzahlung in Höhe von 10% des Gesamtaufenthaltspreises zu zahlen.

2.

Der vereinbarte Restbetrag, einschließlich aller Nebenkosten, ist am Tage der Abreise fällig, soweit nicht etwas anderes vertraglich vereinbart ist.

3.

Werden Anzahlung (und Restzahlung) nicht fristgemäß geleistet, ist der Beherbergungsbetrieb nach erfolgloser Mahnung berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und Schadensersatz zu verlangen.

§ 3

Rücktritt

1.

Der Abschluss des Gastaufnahmevertrages verpflichtet beide Vertragspartner zur Erfüllung des Vertrages, gleichgültig, für welche Dauer der Vertrag abgeschlossen ist. Ein einseitiger, kostenfreier Rücktritt seitens des Gastes von einer verbindlichen Buchung ist grundsätzlich ausgeschlossen.

2.

Tritt der Gast dennoch vom Vertrag zurück, ist er verpflichtet, unabhängig vom Zeitpunkt und vom Grund des Rücktritts, den vereinbarten oder betriebsüblichen Preis einschließlich des Verpflegungsanteils zu zahlen. Der Inhaber des Beherbergungsbetriebes muss sich jedoch ersparte Aufwendungen auf den Erfüllungsanspruch anrechnen lassen.

Von der Rechtsprechung wird der Wert der ersparten Aufwendungen bei Übernachtung mit Frühstück pauschal mit 20%, bei Übernachtung mit Halbpension pauschal mit 30% bei Übernachtung mit Vollpension pauschal mit 40% und bei Vermietung einer Ferienwohnung oder eines Ferienhauses pauschal mit 10 % bis 20% des Unterkunftspreises als angemessen anerkannt.

3.

Statt Erfüllung kann der Inhaber des Beherbergungsbetriebes pauschale Stornogebühren in der nachfolgenden Höhe verlangen (jeweils in % des vereinbarten Unterkunftspreises):

Rücktritt bis zum 31. Tag vor Reiseantritt

Rücktritt bis zum 21. Tag vor Reiseantritt

Rücktritt bis zum 11. Tag vor Reiseantritt

Rücktritt bis zum 3. Tag vor Reiseantritt

danach und bei Nichterscheinen

Stornokosten bei Unterbringung in Ferienhäusern/Ferienwohnungen

Rücktritt bis zum 45. Tag vor Beginn der Mietzeit:

Rücktritt bis zum 35. Tag vor Beginn der Mietzeit:

danach und bei Nichterscheinen

4.

Der Inhaber eines Beherbergungsbetriebes hat nach Treu und Glauben eine nicht in Anspruch genommene Unterkunft anderweitig zu vermieten und muss sich das dadurch Ersparte auf die von ihm geltend gemachte Stornogebühr anrechnen lassen.

5.

Dem Gast bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Beherbergungsbetrieb ein geringerer Schaden entstanden ist.

6.

Die Rücktrittserklärung ist an den Beherbergungsbetrieb zu richten und sollte im Interesse des Gastes schriftlich erfolgen.

7.

Der Abschluß einer Reiserücktrittskostenversicherung wird dringend empfohlen.

§ 4

Mängel der Beherbergungsleistung

Der Beherbergungsbetrieb haftet für die ordnungsgemäße Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistung. Weist die gemietete Unterkunft einen Mangel auf, der über eine bloße Unannehmlichkeit hinausgeht, hat der Gast dem Inhaber des Beherbergungsbetriebes oder dessen Beauftragten den Mangel unverzüglich anzuzeigen, um dem Beherbergungsbetrieb eine Beseitigung der Mangels zu ermöglichen. Unterläßt der Gast diese Mitteilung, stehen ihm keine Ansprüche wegen Nichterfüllung der vertragsgemäßen Leistungen zu.

§ 5

Haftung

1.

Die vertragliche Haftung des Beherbergungsbetriebes für Schäden, die nicht Körperschäden sind, ist auf den dreifachen Preis der vereinbarten Leistung beschränkt, soweit der Schaden nicht auf eine grob fahrlässige oder vorsätzliche Pflichtverletzung beruht oder der Beherbergungsbetrieb für einen dem Gast entstandenen Schaden allein wegen eines Verschuldens eines Erfüllungsgehilfen verantwortlich ist.

2.

Der Beherbergungsbetrieb haftet nicht für Leistungsstörungen im Zusammenhang mit Leistungen, die als Fremdleistungen lediglich vermittelt werden (z.B. Sportveranstaltungen, Theater- und Konzertbesuche, Ausstellungen usw.) und die ausdrücklich als Fremdleistungen gekennzeichnet sind.

§ 6

Verjährung

Vertragliche Ansprüche sowie Schadensersatzansprüche aus dem Gastaufnahmevertrag und Ansprüche aus unerlaubter Handlung verjähren in drei Jahren.

§ 7

Rechtswahl und Gerichtsstand

1.

Es findet deutsches Recht Anwendung.

2.

Gerichtsstand für Klagen des Gastes gegen den Beherbergungsbetrieb ist ausschließlich der Sitz des Beherbergungsbetriebes.

3.

Für Klagen des Beherbergungsbetriebes gegen Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts oder Personen, die keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland haben oder die nach Abschluss des Vertrages ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort ins Ausland verlegt haben oder deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, wird der Sitz des Beherbergungsbetriebes als ausschließlicher Gerichtsstand vereinbart.

Unverbindlichkeitserklärung

Der Deutsche Tourismusverband (DTV) empfiehlt seinen Mitgliedern die vorstehenden "Gastaufnahmebedingungen für Beherbergungsleistungen" unverbindlich zur Verwendung im Geschäftsverkehr mit seinen Kunden.

Den Mitgliedern des Deutschen Tourismusverbandes steht es frei, der Empfehlung zu folgen oder andere Geschäftsbedingungen zu verwenden.

Bonn, im Februar 2002

Achtung! Die nachfolgenden Hinweise sollen der Orientierung des Verwenders der Gastaufnahmebedingungen dienen. Es soll lediglich aufgezeigt werden, in welchem Rahmen sich Stornosätze bewegen können. Es bleibt dem Verwender vorbehalten, die Stornoklausel beliebig zu gestalten.

Rücktritt und Stornoklausel

Verlangt der Inhaber des Beherbergungsbetriebes vom Gast die Zahlung des vereinbarten Unterkunftspreises, so muss er sich die ersparten Aufwendungen auf den Erfüllungsanspruch anrechnen lassen. Die Höhe der anzurechnenden Einsparungen richtet sich nach den konkreten Umständen des Einzelfalles, insbesondere nach der Art der vereinbarten Leistung. Von der Rechtsprechung wird je nach Einzelfall der Wert der ersparten Aufwendungen bei Übernachtung mit Frühstück pauschal mit 10 % bis 20%, bei Übernachtung mit Halbpension pauschal mit 30% bei Übernachtung mit Vollpension

pauschal mit 40% und bei Vermietung einer Ferienwohnung oder eines Ferienhauses pauschal mit 10 % bis 20% des Unterkunftspreises als angemessen anerkannt.

Macht der Inhaber des Beherbergungsbetriebes statt Erfüllung pauschale Stornokosten geltend, so sind in der Rechtsprechung regelmäßig folgende Stornosätze als angemessen anerkannt.

Stornokosten bei Unterbringung in Gasthöfen/Hotels/Pensionen/Privatzimmer

Rücktritt bis zum 31. Tag vor Reiseantritt:
10 % (mindestens 15 EURO pro Person)

Rücktritt bis zum 21. Tag vor Reiseantritt:
20 %

Rücktritt bis zum 11. Tag vor Reiseantritt:
40 %

Rücktritt bis zum 3. Tag vor Reiseantritt
50 %

danach 80 %

Stornokosten bei Unterbringung in Ferienhäusern/Ferienwohnungen

Rücktritt bis zum 45. Tag vor Beginn der Mietzeit:
20 % (mindestens jedoch 25 EURO)

Rücktritt bis zum 35. Tag vor Beginn der Mietzeit:

50%

danach und bei Nichterscheinen:

80 %

Sowohl bei der Geltendmachung des Erfüllungsanspruchs als auch pauschaler Stornokosten bleibt den Parteien des Beherbergungsvertrages vorbehalten, im Einzelfall höhere oder geringere Einsparungen nachzuweisen.